

# **Beirat für Fragen des gewerblichen Mittelstands und der Freien Berufe beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie**

## **Resolution zum Thema „Mittelstand und Soziale Marktwirtschaft“**

Die Idee Müller-Armacks, das Prinzip Freiheit auf dem Markte mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs zu verbinden, die Soziale Marktwirtschaft, hat 60 Jahre lang für steigenden Wohlstand in Deutschland gesorgt. Sie ruht auf den Werten Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Solidarität. Sie bietet dem Einzelnen alle Freiräume, seine Interessen zum Wohle für sich selbst und der Allgemeinheit zu entwickeln.

Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft hat es durch den Ausbau von Absicherung und Bequemlichkeiten, durch die Entwicklung von Besitzständen und Ansprüchen ermöglicht, das Prinzip des sozialen Ausgleichs zur reinen Umverteilungsgerechtigkeit zu degradieren. Dabei ist das freiheitliche Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft erheblich zurückgedrängt worden. Doch es gilt immer noch:

- Märkte sind effizient
- Wettbewerb ist keine Bedrohung, sondern Triebfeder für Fortschritt
- Ohne Freiheit kann es keine Gerechtigkeit geben
- Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer, noch ist er der seligmachende Kontrolleur

Schon Ludwig Erhard sagte: "Ebenso wie beim Fußballspiel der Schiedsrichter nicht mitspielen darf, hat auch der Staat nicht mitzuspielen...Die Grundlage aller Marktwirtschaft bleibt die Freiheit des Wettbewerbs."

In der derzeitigen globalen wie nationalen wirtschaftlichen Krise gilt es besonders, das tragende Element der Freiheit in der Sozialen Marktwirtschaft zu stärken! Die ethischen Prinzipien der Marktwirtschaft, insbesondere auch die Verantwortung des einzelnen Unternehmers und die Haftung auch der Manager für die Gesamtwirtschaft, müssen wieder eindeutig Anwendung finden.

Dazu gehört kurzfristig, dass die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzt, damit Unternehmen wieder Gewinne generieren und Arbeitsplätze schaffen können. Hierzu sind notwendig die Senkung der Lohnzusatzkosten und die Reduzierung von Bürokratie. Des Weiteren ist es erforderlich, steuerrechtliche Vorschriften, die krisenverschärfend wirken, abzuschaffen oder zumindest auszusetzen. Zu diesen krisenverschärfenden Vorschriften gehören die Zinsschranke, die eingeschränkte Verlustverrechnung (Mindestbesteuerung), die Beschränkung des Verlustabzugs bei Wechsel des Anteilseigners einer Kapitalgesellschaft sowie die gewerbesteuerrechtliche Substanzbesteuerung durch die Hinzurechnung von Miet- und Pachtzinsen.

Dazu gehört mittelfristig, dass wir quantitativ und qualitativ den Nachwuchs ertüchtigen, der in den kommenden Jahren und Jahrzehnten den nötigen Produktivitätszuwachs zur Kompensation der Überalterung generieren soll. Hierzu sind notwendig sowohl frühkindliche Ganztagesförderung als auch Konzepte zu lebenslangem Lernen.

Dazu gehört langfristig, dass sich das Klima in Deutschland hin zu mehr Eigenverantwortung und Eigenvorsorge, zu mehr Selbstständigkeit entwickelt. Hierzu ist notwendig, dass wirtschaftliche Zusammenhänge von jedem Lehrer begriffen werden und in jedem Lehrplan stehen.

Die Wirtschaft steht bei alledem nicht gegen die Ethik der sozialen Gerechtigkeit, sondern als ihr Verteidiger und Garant!